

NACHRICHTEN

**Unterstützung für Zinsbesteuerung**



**Bern** – Die Wirtschaftskommission des Nationalrats unter dem Präsidium von Fulvio Pelli (FDP, Tessin) steht mit grosser Mehrheit hinter dem Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU. Sie will aber im Gegensatz zur Ständeratskommission den Ertrag aus dem Steuerrückbehalt nur in die Bundeskasse leiten; die Kantone sollen leer ausgehen. (ap)

**Grüne nominieren Ruth Genner**

**Zürich** – Die Grünen steigen mit Ruth Genner ins Rennen um die Nachfolge für den frei werdenden Sitz im Zürcher Regierungsrat. Die 48-jährige Nationalrätin wurde gestern Abend mit 62 Stimmen bei 4 Enthaltungen von ihrer Partei nominiert. Genner war die einzige vom Parteivorstand vorgeschlagene Kandidatin. (sda)

**Lohnausweis: Räte wollen mitreden**

**Bern** – Parlamentarier fordern Mitsprache bei der Ausarbeitung des neuen Lohnausweises. Sie wollen eine fünfköpfige Subkommission einsetzen. Die Steuerkonferenz habe über den Kopf des Parlaments hinweg entschieden, wird kritisiert. (ap)

*Es geht um Geld, aber nicht nur um Geld*

**W**enn es um Geld geht wird gerechnet – auch in der Politik. Wer gewinnt? Wer verliert? Wie viel kostet mich der neue Finanzausgleich? Oder, so wird die Frage in den meisten Fällen lauten: Was bringt mir die Neuordnung der Geldflüsse zwischen dem Bund und den Kantonen?

LEITARTIKEL



**Stefan Ragaz über die Neugestaltung des Finanzausgleichs**  
sragaz@neue-lz.ch

**Nirgendwo stellt sich die Frage** so deutlich wie in der Zentralschweiz. Hier befindet sich die Hälfte der sechs Kantone, die gegenüber der heutigen Lösung mehr von ihrem Reichtum abgeben: Zug, Schwyz und Nidwalden. Hier befinden sich aber auch Kantone, die zu den Nutzniessern gehörten, zu den Profiteuren.

**Profiteure? Das sind doch** die faulen Trittbrettfahrer, die Geld verschwenden und nun versuchen, die fleissigen Kantone auszunehmen, um die eigene Unfähigkeit zu überspielen. Da kommt Neid auf – wie auch umgekehrt: «Es ist doch unfair», heisst es, «unanständig» oder «skandalös», wenn die Steuerrechnung für ein durchschnittliches Einkommen in Zug nur einen Drittel der Rechnung in Obwalden beträgt. Neid ist aber ein schlechter Ratgeber.

**Zug ist der einzige Kanton**, der sich gegen den neuen Finanzausgleich ausspricht. «Ist doch klar», werden die meisten Luzerner, Urner und Obwaldner sagen. «Wenn wir eine solche Steuerbelastung

hätten ...» Dabei lohnt es sich, die Argumente aus Zug zu hören.

**Erstens ist es nicht nur** die vorteilhafte Lage, die Zug zu einem reichen Kanton gemacht hat, sondern seit Jahrzehnten auch eine kluge Politik. Zweitens wird die tiefe Steuerbelastung – bis zu einem gewissen Mass – durch die hohen Lebenskosten neutralisiert. Und drittens wäre es ein Nachteil auch für die übrige Schweiz, wenn Zug an Wirtschaftskraft verlore. Nicht umsonst weist Zug darauf hin, dass es der Gesetzgeber verpasst hat, eine Obergrenze der Belastung für einen einzelnen Kanton festzulegen. Zug hat Angst, die Milchkuh der Nation zu werden.

**Auf der anderen Seite ist es aber** das Beispiel von Zug, das für den neuen Finanzausgleich spricht. Zug zeigt, was Föderalismus und Steuerwettbewerb bewirken – Wachstum und eine tiefe Steuerbelastung. In der Abstimmung über den neuen Finanzausgleich geht es zwar um die Umverteilung von viel

Geld, aber nicht nur: Es geht um eine staatspolitische Weichenstellung, um die Wiederbelebung des Föderalismus, die Stärkung der Kantone und die Entwirrung einer ineffizienten Ordnung von Finanzkompetenzen. Gemessen an den Optionen – Steuerharmonisierung oder Status quo – ist der neue Finanzausgleich nicht nur ein kluges, sondern auch ein moderates Jahrhundertwerk.

**Es ist ein erklärtes Ziel** des neuen Finanzausgleichs, den Föderalismus zu stärken – mehr Macht den kleinen Einheiten zu geben, die gezwungen sind, Rechenschaft über Entscheide und Investitionen abzulegen. Ein anderes, zentralistisches System ist in der kleinräumigen, multikulturellen und viersprachigen Schweiz undenkbar, auch wenn die Linke von einer materiellen Steuerharmonisierung träumt.

**Das sind die Gründe:**

● Der heutige Finanzausgleich stammt aus dem Jahre 1959. Er ist ein teures System von Fehlanreizen, das Kantone dazu (ver)führt, Projekte umzusetzen, um Bundessubventionen abzuholen.

● Der neue Finanzausgleich trennt Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Damit schafft er Transparenz, und er eliminiert Doppelspurigkeiten. 11 von 35 Aufgabenbereichen werden in die alleinige Zuständigkeit der Kantone überführt, 7 in die alleinige Kompetenz des Bundes.

● Zentrumsleistungen werden unter dem neuen Regime abgegolten, nach einem transparenten Raster. Für den Ausgleich unter den Kantonen gilt ein objektiver Leistungskatalog, es sind keine Solidaritätsbeiträge mehr, die sich auf der Grundlage von Finanzkraft und Steuerbelastung berechnen. Gegenüber der heutigen Lösung sorgt der neue Finanzausgleich damit auch für mehr Gerechtigkeit.

**Damit verbunden ist** aber das Vertrauen in die Kantone, die besten Lösungen zu wählen. Das gilt für den Kanton Zug wie für den Kanton Schwyz, der – obwohl selber ein «Geberkanton» – zu den Initianten der heutigen Vorlage gehört, und für die anderen Kantone der Zentralschweiz. Und das gilt auch in Fragen, die Behinderte betreffen. Behindertenorganisationen befürchten einen Leistungsabbau, weil sich der Bund nicht mehr an der Finanzierung von Heimen, Werkstätten und der Sonderschulung beteiligt.

**Vielleicht ist die Befürchtung** übertrieben, jedenfalls ist sie Ausdruck von Misstrauen. Denn auf der Gegenseite werden die Kantone von den Abgaben an AHV und IV entlastet. Somit ist das Geld für die Kosten an die Behinderten-einrichtungen vorhanden. Und auch die Kantone werden ein Interesse haben, die besten Lösungen für die Behinderten zu finden – das Gegenteil wäre ein Vertrauensbruch.

Sicherheitspolitik

**«Die Schweizer Armee steht an einem Scheideweg»**

*Die Schweiz müsse ihre aus- sen- und sicherheitspoliti- schen Ambitionen deutlich ausbauen und mehr für Eu- ropas Sicherheit tun, fordert Experte Heiko Borchert.*

**Nach den Anschlägen in Holland und mit der laufenden Islam-Debatte sind Ängste um die Sicherheit der Bevölkerung wieder aufgeflammt. Sind diese berechtigt?**

**Heiko Borchert:** Ich denke nicht. Die Sicherheit der Bevölkerung muss losgelöst von einzelnen Ereignissen in einem europäischen Zusammenhang betrachtet werden. Der Bereich der äusseren Sicherheit wird für die Schweiz zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dies wirft Fragen zu unserer Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur auf.

**Sie sprechen die Sicherheitsarchitektur mit EU und Nato an. Wo soll sich die Armee einordnen?**

**Borchert:** Die Armee hat drei vorgegebene Aufträge: Sie leistet Beiträge zur internationalen Friedenserhaltung, zur Raumsicherung und Verteidigung sowie Einsätze zur Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren. In den letzten zwei Jahren wurde der subsidiäre Auftrag – zum Beispiel im Rahmen der Botschaftsbewachung – so deutlich ausgebaut, dass man eigentlich nicht mehr von subsidiär sprechen kann.

**Mit welchen Konsequenzen für die neue Armee XXI?**

**Borchert:** Die Armee steht an einem Scheideweg. Die Politik muss sich entscheiden, ob sie die Armee weiterhin primär auf den inneren Auftrag ausrichten oder ob sie das internationale Engagement ausbauen will.

**Zu welchem Weg würden Sie raten?**

**Borchert:** Die Politik muss die Rolle der Schweiz in Europa neu definieren. Blickt man auf unseren Kontinent, sind Tendenzen zum Ausbau der Fähigkeiten für anspruchsvolle Stabilisierungs- und Interventionsoperationen auszumachen. Die jüngsten Reformen in EU und Nato zeigen dies eindeutig. Die Schweiz muss ihre aussenpolitischen Ambitionen deutlich verstärken und das Engagement über den Einsatz von 500 Mann hinaus quantitativ und qualitativ ausbauen.

**Ist der internationale Weg als aussen stehendes Land schwieriger geworden?**

**Borchert:** Ja. Es ist schwierig und mühsam, sich die Partner bilateral zu suchen. Heute profitieren wir davon, dass andere Staaten bereit sind, risikoreiche Operationen zu führen. Wir können davon ausgehen, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird. Wir müssen daher Fähigkeiten aufbauen, die international von Bedeutung sind. Damit schaffen wir auch politische «Verhandlungsmasse» für mögliche Gegenleistungen in anderen Politikfeldern.

**Doch die Realität ist eine andere: Die Militärausgaben werden laufend gekürzt.**

**Borchert:** Der Ausbau des internationalen Engagements wird je nach politischer Ambition Geld kosten. Durch eine Verlagerung der Prioritäten könnten aber schon heute innerhalb des bestehenden Finanzrahmens Reserven frei gemacht werden. Zurzeit gibt die Schweiz bei einem Verteidigungsbudget von knapp 4 Milliarden Franken nur gerade mal 40 Millionen für die militärische Friedensförderung aus. Das ist zu wenig.

**Könnte der Schweizer Einsatz im Kosovo als Vorbild dienen?**

**Borchert:** Was die Schweiz mit bis zu 220 Soldaten im Kosovo macht, ist zwar gut, aber der Auftrag ist auf die logistische Unterstützung des österreichischen Kontingents beschränkt.

**«Unsere Nichtteilnahme wird zunehmend zum Problem.»**

Dies reicht nicht aus. Gemessen am wirtschaftlichen Stellenwert und ihren eigenen Interessen muss die Schweiz mehr tun für die europäische Sicherheit. Wir haben zwar eine Balkan-Strategie, doch mittlerweile sind andere Länder ins Zentrum des Interesses gerückt: der Nahe und Mittlere Osten, Nordafrika, die Kaukasus-Region und Zentralasien. Einsätze in diesen Regionen wären Ausdruck der Solidarität mit Europa

**Verstehe ich Sie richtig: Sie sind für eine Annäherung der Schweiz an die Nato?**

**Borchert:** Ja. EU und Nato sind zentrale Organisationen für die Sicherheit in Europa und als solche eine Erfolgsgeschichte. Da sollte die Schweiz ein Interesse haben, sich stärker einzubinden. Hinzu kommt, dass das Partnership-for-Peace-Programm, an welchem die Schweiz teilnimmt, an Wichtigkeit verliert.

**In der politischen Realität ist ein Nato-Beitritt der Schweiz in weiter Ferne ...**

**Borchert:** ... Hauptargument der Nato-Gegner ist die Angst um den Ver-



Für Heiko Borchert muss sich die Schweizer Armee in Zukunft stärker um ihren internationalen friedensstiftenden Auftrag kümmern.

BILD EVELINE BACHMANN

lust der Neutralität. Diese ist insofern unbegründet, als der Neutralität seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr jene Bedeutung zukommt, die sie einst hatte. Wir müssen in dieser Frage sehr ehrlich kommunizieren: Der aussenpolitische Bericht 93 hat klar ge-

macht, dass wir unsere selbst definierte Neutralitätspolitik jederzeit ändern können. Das müssen wir vermitteln. Ebenso die Feststellung, dass das Festhalten an der Neutralität kein Weg ist, um die aktuellen und künftigen Sicherheits- herausforderungen zu bewältigen.

EXPRESS

- Der Experte Heiko Borchert fordert eine Annäherung an die Nato und die EU.
- Das Festhalten an der Neutralität sei keine Lösung für die Herausforderungen.

SICHERHEITSFORUM

**Donzelli für Lalive**

Heiko Borchert referierte gestern vor dem Sicherheitspolitischen Forum Zentralschweiz. Zum neuen Präsidenten wurde Pietro Donzelli gewählt. Der Luzerner Berufsmilitär, der kürzlich in Pension gegangen ist, löst damit alt Nationalrätin Maya Lalive d'Epinay ab.

Der 34-jährige Borchert promovierte an der Uni St. Gallen und ist Experte für sicherheitspolitische Fragen. Er ist Direktor für Sicherheit und Verteidigung am Düsseldorfer Institut für Aussen- und Sicherheitspolitik und leitet ein eigenes Beratungsbüro in Luzern. pri

**Ist denn die gegenwärtige Nichtteilnahme der Schweiz in Nato und EU ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung?**

**Borchert:** Risiko ist ein hartes Wort in diesem Zusammenhang. Es würde im Umkehrschluss bedeuten, dass wir in den letzten Jahren in Unsicherheit gelebt haben. Die Nichtteilnahme wird aber zunehmend zum Problem, denn es ist schwierig, ausserhalb dieser Organisationen Partner zu finden oder Zugang zu sicherheitsrelevanten Informationen zu erhalten.

**Kann die Schweiz die Sicherheit an Grossanlässen wie der EM 2008 aus eigener Kraft gewährleisten?**

**Borchert:** Nein, das ist alleine unmöglich. Solche Grossveranstaltungen sind nur mit internationaler Zusammenarbeit zu bewältigen und ein gutes Beispiel für deren Notwendigkeit auch für die Schweiz.

INTERVIEW RAPHAEL PRINZ

ANZEIGE

Wir vertreten die 350 besten Weingüter aus Frankreich zu den günstigsten Preisen  
**www.pierre-wyss.ch**